
Landesnachrichten

aktuell

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Dienstag, 17. November 2009 teilte die Staatsregierung nach einer Kabinettsitzung in München mit, dass künftig der bisherige Personalchef im bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Peter Werndl, das Oberlandesgericht Bamberg leitet. Der neue Oberlandesgerichtspräsident werde sein Amt zum 1. Dezember 2009 antreten und wird damit Nachfolger des Ende Oktober in den Ruhestand getretenen Michael Meisenberg. „Peter Werndl kennt alle Facetten der bayerischen Justiz. Mit seiner langjährigen Verwaltungserfahrung und seinen vielfach unter Beweis gestellten Führungsqualitäten ist er die ideale Besetzung für die verantwortungsvolle Position des Oberlandesgerichtspräsidenten“, sagte Justizministerin Beate Merk.



Oberlandesgerichtspräsident Peter Werndl

Herr Peter Werndl war zunächst als Staatsanwalt, später als Richter eingesetzt, bevor er für drei Jahre zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof wechselte. Als Präsident des Landgerichts Augsburg leitete er später eines der größten bayerischen Landgerichte. Seit August 2002 steht er als Ministerialdirigent an der Spitze der Personalabteilung des Justizministeriums.

Die Landesleitung der BJG ist froh, dass sich die Staatsregierung unerwartet schnell dazu durchringen konnte, die Vakanz auf dem Präsidentenstuhl zu beenden.

Wir gratulieren Herrn Werndl zu seinem neuen Amt und hoffen auf eine genauso vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit wie mit seinem Vorgänger Michael Meisenberg.

Die Christlich Soziale Arbeitnehmerunion (CSA), deren Vorsitz bis noch vor einem Jahr der Ministerpräsident Horst Seehofer inne hatte, fasste im Landesausschuss am 14. November 2009 in Bad Gögging einen Beschluss zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der neuen Bundesregierung 2009.

Die CSA fordert unter anderem:

- 1. Zukunftsfeste, solidarisch und paritätisch finanzierte Sozialsysteme** müssen unbedingt erhalten bleiben. Dies gilt vor allem für die Kranken- und Pflegeversicherung. Diese sind im bestehenden System weiterzuentwickeln. Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Arbeitgeber dürfen nicht aus ihrer Verpflichtung für das Gemeinwohl entlassen werden. Bereits eingetretenen Fehlentwicklungen ist entgegenzusteuern. Eine obligatorische private, kapitalgedeckte Zusatzversicherung in der Pflege ist vor dem Hintergrund des weltweiten Wirtschafts- und Finanzdesasters nur zu verantworten, wenn die Versicherungsgesellschaften in staatlicher Trägerschaft stehen oder privaten Versicherungsgesellschaften genauestens gesetzlich vorgeschrieben wird, welche Geschäfte sie tätigen dürfen. Die Politik darf keinen Zugriff auf einen möglichen Kapitalstock haben. Die Abkehr von Gesundheitsfonds wird begrüßt, allerdings darf eine neue Struktur nicht sozial ungerecht und ohne solidarischen Ausgleich erfolgen. Eine Kopfprämie lehnt die CSA nach wie vor ab. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Jeder Klassenmedizin ist eine Absage zu erteilen. In der Gesundheitsversorgung dürfen nicht nur Patienten und Ärzte belastet werden. Auch die Pharmaindustrie ist auf die Wahrung des Gemeinwohls zu verpflichten und in diesem Industriebereich ist ein funktionierender Wettbewerb herzustellen. Bei einer Gesamtbestandsaufnahme gehören ferner die pauschalen Transferleistungen aller Sozialversicherungszweige ins Ausland auf den Prüfstand.
- 2. Das unbefristete, voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnis** muss weiterhin die klassische Organisationsform des Arbeitslebens bleiben. Andere Formen der Arbeitsverhältnisse wie Leih- und Zeitarbeit sind nur als Ausnahmeregelungen zu vertreten. Ihre Zulässigkeit ist regelmäßig zu überprüfen und Fehlentwicklungen sind abzustellen. Die Möglichkeit einer (weiteren) Befristung nach einem Jahr Pause öffnet Manipulationen Tür und Tor und hebt das im Koalitionsvertrag enthaltene Bekenntnis zum Kündigungsschutz aus. Die Anzahl von Leih- und Zeitarbeitsverträgen sollte auf einen bestimmten Prozentsatz aller in einem einzelnen Unternehmen vorhandenen Arbeitsverhältnisse begrenzt werden. Schlagwortartige Forderungen nach einer Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses dürfen nicht das klassische unbefristete Vollarbeitsverhältnis aushebeln.

Diese beiden Punkte der Entschließung zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der neuen Bundesregierung 2009 sind auch für die Bayerische Justiz-Gewerkschaft wichtige Anliegen.

Wir wünschen der Landesvorsitzenden der CSA Frau Dr. Gabriele Stauner und ihrem Team zur Durchsetzung der sozialen Komponente gegenüber der CSU in der Politik viel Erfolg.

Eigentlich müsste davon auszugehen sein, dass man mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden der CSA und heutigem Ministerpräsidenten Horst Seehofer in Bund und Land einen guten Fürsprecher für die Umsetzung dieser sozialen Themen hat.

Die CSA ist eine Arbeitsgemeinschaft der CSU. Sie sieht sich als das soziale Gewissen der CSU und bringt sich immer wieder vehement in die Parteipolitik ein.

Die Mitglieder der CSA wurden aufgrund ihres sozialen Engagements von Franz Josef Strauß als „Rosenkranz- bzw. Herz-Jesu Marxisten“ bezeichnet.

Informationsfahrt des Bezirksverbandes Bamberg zum Bundeskriminalamt nach Wiesbaden

Am Mittwoch, den 04. November 2009 besuchten die Mitglieder der Bezirksverbände Bamberg, Coburg, Bayreuth und Hof das Bundeskriminalamt in Wiesbaden zu einer Informationsveranstaltung.

Dort wurden die Besucher vom Vorstandsmitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft Herrn Richard Steinheimer begrüßt. Herr Steinheimer vermittelte der BJG auch diesen Besuch.

Dafür möchten wir ihm an dieser Stelle nochmals herzlich danken.





Vor Ort bekamen die Kolleginnen und Kollegen Einblick in die Arbeit und in die Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes. Besonders interessant waren hierbei die Erläuterungen zur Aufklärung des sogenannten „Eichenlaubmordes“.

Wir danken nochmals den Referenten Wolfgang Hehn und Friedhelm Steinhoff für deren engagierte und verständliche Vorträge und der Kollegin Silvia Zettler für die Betreuung an diesem Tag.

Ein paar Zeilen zur Weihnachtszeit:

*Wahrlich ja, ich ahne, spüre,
trotz der hektisch tristen Zeit,
Weihnachten steht vor der Türe
Das Fest der Christenheit.
Laßt uns wieder drauf besinnen,
was uns Christus wirklich lehrte.
Wenden wir uns mehr nach innen,
suchen wir die echten Werte
Und so wünschen wir von Herzen
Freude, Glück, Zufriedenheit
Und im Lichterglanz der Kerzen
Eine frohe Weihnachtszeit!*

Dr. Leopold Kammerer



In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Familien frohe und besinnliche Weihnachten und ein gutes und gesundes neues Jahr.

Mögen Ihre Wünsche sowohl in beruflicher als auch in privater Hinsicht weitestgehend in Erfüllung gehen.

Ihre Landesleitung

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender,

Kurt Lorenz, stv. Landesvorsitzender

Johann Kieninger, stv. Landesvorsitzender